

Halleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 180.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Wagnispreis für Halle und Magdeburg 2,50 Mt., durch die Post bezogen 3 Mt. für das Vierteljahr. Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich ausser am Sonntag. — Grundsatz-Beilagen: Halleischer Courier (tägl. Familienblatt), Anhaltische Nachrichten (Sonntagsblatt), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Wochenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Thüringerbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die festgesetzte Reklamestelle oder deren Raum für Halle und den Graßfurter 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Reklamen am Schluß des rezeptionsfreien Teils der Seite 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Anzeigenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Telephon 8110. Geschäftsleiter: Dr. Straßer-Heiberg, Halle (Saale).

Freitag, 18. April 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Südwest Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto C. H. G. Halle (Saale).

Der preussische Wahlkampf.

Der in das preussische Abgeordnetenhaus unlängst neu eingetretene Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Abg. Dr. Höfke, sagte, als er sich am Dienstag mit sachkundiger und fassungsreicher Rede einführte, die landwirtschaftsfeindlichen Ausführungen der vor ihm zum Wort gekommenen Abgeordneten Dr. Mugdan und Leinert nicht überlänglich zusammen: „Wir stehen vor den Neuwahlen.“ Willentlich darf man noch weiter gehen und diese letzte Rede über die ganze Dienstag-Sitzung, so über die gesamte dritte Lesung des Etats setzen. Nicht als ob es bei diesen Beratungen an rein sachlichen Reden gefehlt hätte. Aber die unangenehmen Agitationen der Freisinnigen und Sozialdemokraten, dieser dauerrednerischen Minderheit, die gern weisheitsvoll klagt, das ist nicht genügend zum Wort komme, drückten den Erörterungen unmerkbar den Stempel auf, wie sie auch den Löwenanteil der verfügbaren Zeit verschlangen. Dabei wird man nicht behaupten können, daß der von den beiden Bruderpaaren Mugdan und Leinert sowie Strödel und Rippmann gesponnene lange Faden irgendwie als Qualitätsware angesehen werden dürfte. Wenn Abg. Rippmann einer früheren Einberufung des Landtages das Wort rebete, so war das lediglich eine Forderung, die seit Jahren von gesamten Abgeordnetenhaus vertreten wird, und wenn er im übrigen vornehmlich nach der Wahlrechtsreform rief, so hat er bei allen Unbeteiligten den Glauben an die goldene Ewigkeit dieses Gesetzes durch seine späteren, in der gesamten deutschen Parlamentsgeschichte beispiellose Entgleisungen mehr erschüttert, als einige tausend fortschrittliche Wahlrechtsreden wieder aufkommen können. Wie konsequent erweist das an dieser Freiheitsfrage gemessen der Genosse Leinert. Was er sagt, ist gewiß ein widerliches Gemisch von Uebertreibung und Verbrechung, von Vorwitz und Fanatismus, aber die gesamte Rede kommt doch, wie auch sein schärfster Gegner zugeben muß, aus einer und derselben Quelle, aus dem Haß wider den Gegenwartsstaat und wider seine göttlich noch so feste Stütze, das Königreich Preußen. Nebenfalls wird man es niemand verdenken können, nach Rippmanns Schwärmschwänzen das freisinnige Domern gegen das preussische Wahlrecht künftig noch weniger ernst zu nehmen als bisher.

Dem preussischen Minister des Innern ist rühmend nachzusagen, daß er in den jüngsten Jahren sozialdemokratische Angriffe nicht nur energig abgewehrt, sondern den Anlaß auch dazu genutzt hat, dem Bürgertum schließlich die Größe der von den revolutionären Parteien drohenden Gefahren eindringlich vor Augen zu führen. Mit dieser ersten Pflichterfüllung werden die im Reich nach der Willen-Verwaltungsinanzreform begangenen unheilvollen Unterlassungsünden gewiß nicht getilgt, aber ein solches nachträgliches, abwehrendes und mahnendes Verhalten zeigt doch den tatsächlichen Willen, durch planvolle Zusammenarbeit der Regierung mit den bürgerlichen Parteien zu erreichen, daß keiner der in Jahrbunderten treuer Arbeit geschaffenen Werte der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung kampflos in das wirre Durcheinander des roten Zukunftstaates hinübergleitet. Von der wünschenswerten Eingetragene des Bürgerrechts ist die Gegenwart, wie bekannt, weit genug entfernt. Man braucht gar nicht bis zu dem bei den Reichstagswahlen abgeschlossenen freisinnig-sozialdemokratischen Wahlbündnis, diesem Verrat an dem bürgerlichen Solidaritätsgedanken, zurückzugehen. Schon die Art, wie Abg. Dr. Friedberg am Dienstag beiläufig eine vom Genossen Leinert verwendete Agitationsformel in die Wendung Großarbeitswahn umzuverändern suchte, war in hohem Grade bezeichnend, und wenn die Rede des Abg. Dr. Mugdan — nach Rippmanns Zweideutigkeiten fahndet der Zeitgenosse von selbst nach den treibenden Hintergedanken — überhaupt einen besonderen Zweck haben sollte, so doch den, die öffentliche Aufmerksamkeit von den voraussehbaren scharfen Auseinandersetzungen zwischen Freisinn und Sozialdemokratie abzulenken und den Zugang zu einem neuen fortschrittlich-sozialdemokratischen Wahlbündelrecht offen zu halten. Die Regierung hat in dieser Debatte jedenfalls ihre Pflicht getan. Sie hat zusammengehörige zusammenzuführen gesucht, und läuft bei den bevorstehenden Wahlen ein Teil des Bürgerrechts gleichwohl durch das vor Monaten aufgerichtete schimpfliche noch zum revolutionären Todfeind über, so ist ihm die Verantwortung zu überlassen und sein Schicksal reichlich zu gönnen.

Läßt aber schon die Dienstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses leider keinen Zweifel darüber, daß es bei den preussischen Wahlkämpfen an Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien nicht fehlen wird und daß die Liberalen dabei zum Ausbleiben des Kleinen gegen den Großen beim Magister Bauernzerpflückerungsband weiter Unterricht nehmen werden, so liegt der symptomatische Wert der großen Rede des Abg. Dr. Höfke in dem erneut geführten Nachweis, daß die rechtsstehenden Parteien in diese Kämpfe mit der Ruhe des guten Gewissens und mit starker Wehr eintreten. Nicht jedem ist es gegeben, den auf Trennung und Spaltung bedachten Liberalen, die die Landwirtschaft vor dem ihr auch so schädlichen Bund der Landwirte warnen möchten, diesen putigen Niederwisch mit so wichtigen Argumenten aus der Hand zu schlagen, wie der in den Kämpfen von Jahrzehnten erprobte Dr. Höfke in seiner Abgeordnetenhaus-Eröffnungsrede es tat. Aber die politische Stellung der Landwirtschaft hat inzwischen so erfreuliche Fortschritte gemacht und das Verhältnis für die Interessenlosigkeit des landwirtschaftlichen Berufsstandes hat nimmer so tiefe Wurzeln geschlagen, daß von dem denkenden Landwirt und Landarbeiter eine Rede nach Mugdan- und Leinert-Art abläuft wie das Wasser vom Entenflügel. Der städtische Mittelstand aber wehrt sich mit der gleichen Fähigkeit gegen das liberale Beginnen, durch Teilen und Trennen zu herrschen. In den Städten nehmen sich ja die Freisinnigen, anders als auf dem Lande der Großen oft mit hingebender Liebe an, und hier waren sie z. B. die kleinen Banken nicht vor dem alles verwickelnden Berliner Großbanken. Dafür leugnen sie aber die statisch einmündig erwiesene Tatsache, daß der Mittelstand unter dem gefendten preussischen Wahlrecht die ausschlaggebende Rolle spielt, und zeigen ein sehr schlechtes Gedächtnis dafür, daß nirgends so viel für den Mittelstand geschehen ist wie im preussischen Landtage. Aber mit Siegesgewißheit sieht ja die Linke nicht gerade in den Wahlkampf hinein. Schon rechnete Genosse Leinert mit der Wahrscheinlichkeit, daß die Rechte gestürzt zurückkehrt, und tat er es offenbar nur in der Absicht, die Konventionen in die Untätigkeit der Sicherheit zu wiegen, so wird er sich damit wieder gewiß nur als der sprachlos wirkende Teil von jener Kraft erweisen, die dem Gegner überwollend Gutes schafft.

Deutsches Reich.

Vom Bundesrat.

In der Donnerstag-Sitzung des Bundesrats wurden den zuständigen Ausschüssen überwiegen: Die Vorlage betreffend Ausführung der Paragrafen 366, 367 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Uebergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung, die Vorlage betreffend Änderung der Vorschriften über Regelung der Seefahrerfahrzeuge mit Schiffsführern und Maschinenführern und der Entwurf von Bestimmungen für die Normung einer Zwischenschaltung der Schmelze in den Jahren 1913 und 1914. Ueber die Vorlage betreffend Veredelungsverkehr mit Palmöl zum Reinzug und Weiden wurde Beschluß gefaßt. Die Zustimmung erteilt wurde dem Entwurf von Bestimmungen zur Veränderung der Vorschriften über die Strafrechtlicher Uebereinkunft zwischen Deutschland und Anhalt zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst und der Ergänzung des Entwurfs des Hauskaltsetzels für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1913.

Parlamentarisches.

Dem Reichstag ist folgende Resolution der Abgeordneten Hlah, Wassermann, Behrens, Siebe, Trampmanns und Genossen zugegangen: Der Reichstag wolle beschließen: Dem Herrn Reichskanzler zu eruchen, anzuordnen, daß die Verwaltung des Reichsheeres bei Vergebung von Lieferungen, die ganz oder teilweise in der Hausarbeit hergesteltt werden, 1. die Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und -arbeiterinnen berücksichtigen, 2. solchen Lieferanten den Vorrang gibt, die für die in der Hausarbeit hergestellten Arbeiten mindestens die von den Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und -arbeiterinnen anerkannten Löhne nachweislich zahlen, oder mit diesen Organisationen Tarifverträge vereinbart haben, oder deren für Hausarbeit anerkannten Löhne von dem zuständigen Sachausschuß als angemessen bezeichnet worden sind. In der Budgetkommission des Reichstages gab Generalleutnant Staats-Anstalt über den Stand der Velleidungsarbeiten mit selbgraumem Tuch. Für die Seeresverfärfung mühten, um die neuen Formationen gleichmäßig in der Velleidungs-

zurichten, noch geringe Beschaffungen an blauem Tuch gemacht werden. Nachdem ein Zentrumsredner sich mit diesen Ausführungen nicht zufrieden erklärte, erwiderte der Kriegsminister, ein zu schnelles Vorgehen mit der Beschaffung von Feldgraum Tuch sei nicht zweckmäßig, damit die Frage der Brauchbarkeit des Feldgraum Tuches weiter geklärt werden könne. Die sechs neuen Kavallerie-Regimenter sollten als Träger zu Pferde formiert werden, die die Feldgraum Uniform schon im Frieden trügen.

Die Affäre von Rancy.

In den Aussagen der an der Affäre von Rancy Beteiligten, sowie in den Berichten aus Rancy sind so zahlreiche Widersprüche festgestellt worden, daß die Aufführung der Angelegenheit wohl nicht so rasch, als von den meisten von französischer Seite gemeldet wird, erfolgen kann. Was die neuen Deutschen in Grenoble verübten Ausschreitungen anlangt, so leat man diesen in den Berliner politischen Kreisen kein solches Gemüht bei, daß darüber diplomatische Schritte getan werden mühten. Die amtliche Untersuchung des Zwischenfalls in Rancy ist beendet worden. Staatsrat Olier ist Donnerstag nachmittag mit dem Bericht nach Paris zurückgefahren. Die vernommenen Reuen, namentlich die Abhörsbeamten, wiederholten ihre bereits vorgebrachten Aussagen. Sie erklärten, nicht gegeben zu haben, daß die Deutschen gefesselt worden sind.

Kleinere politische Nachrichten.

* Das Kaiserpaar und Prinzessin Viktoria Luise besuchten Donnerstag nachmittag das Offiziersgemeinschaftshaus Falkenstein und besichtigten es eingehend.

* Zum Kaiser-Jubiläum. An der gemeinsamen Sudbahrung der deutschen Städte zum Regierungsjubiläum des Kaisers, die auf Anregung der Vorstandschaft des Bayerischen Städtebundes vom Deutschen Städtebunde veranstaltet wird, beteiligen sich sämtliche unmittelbaren Städte des Königreichs Bayern. Der Gesamtwert der Stiftungen, welche bis aus diesem Anlasse errichtet haben, beträgt rund 1.650.000 Mark. Alle Stiftungen mit Ausnahme von zweien dienen der Fürsorge für bedürftige Weibchen.

* Beim Reichskanzler und Frau von Bethmann Hollweg fand Donnerstag abend ein Diner statt, zu dem zahlreiche Einladungen ergangen waren.

* Eine Zusammenkunft bedeutender europäischer Diplomaten in Berlin wird gelegentlich der Hochzeit der Prinzessin Viktoria am Ende des nächsten Monats stattfinden. Außer Lord Grey, der in Begleitung des Königs von England nach Berlin kommt, wird sich auch der russische Minister des Aeußern, Herr Sazonow, im Gefolge des Kaisers nach Berlin begeben, und hier werden bedeutende Besprechungen der beiden auswärtigen Minister mit den deutschen Staatsmännern stattfinden.

* Die Wehrvorlage. Nach den bisherigen Dispositionen soll, wie der „N.“ aus parlamentarischen Kreisen hört, mit der Beratung der Wehrvorlagen in der Reichstagskammer des Reichstages am Mittwoch der nächsten Woche begonnen werden. Man hofft, sie bis zu Beginn der Pfingstferien fertigzustellen. Ob die Budgetkommission die Steuervorlage teilweise in den Pfingstferien beraten wird, ist in der Kommission noch nicht entschieden. Eine Aussprache über diesen Punkt soll nach Beendigung der Beratung zur Wehrvorlage erfolgen.

* Ein großer russischer Auftrag für Kriegsschiffe in Deutschland. Das vom Fürsten Wilhelmskischen herausgegebenen Blatt „Grosdanin“ meldet, daß Russland drei große Panzer- und fünf mittlere Kreuzer für 77 Millionen Rubel in Deutschland bestellt habe.

* Bergarbeiter-Lohnbewegung. Die in Weidorf abgehaltene Konferenz der Bergarbeitervereine der sächsischen Bergarbeiter für Siegen-Land-Bergbau-Bezirk hat beschlossen, unterzünftig in eine Lohnbewegung einzutreten, nachdem der Vertreter des Rentarbeitsausschusses in Offen die Versicherung abgegeben hatte, daß der Vorstand bereit sei, die Arbeiter im Kampfe so zu unterstützen, daß ihnen ein voller Erfolg gesichert sei.

* Sind sie schon alle verrückt geworden? Wie der „Säcker.“ geschrieben wird, soll in jüngster Zeit in dem majestätischen sozialdemokratischen Kreise die Idee eines Generalstreiks zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen erörtert worden sein. Der alte Weibel soll dabei kurz gefragt haben, ob denn schon alle verrückt geworden wären.

Ausland.

Der Krieg auf dem Balkan.

Nach den in Berlin vorliegenden Meldungen hat sich jetzt auch Griechenland wie Serbien aufzunehmend zu einer Weiterführung der Mediation der Mächte auf der Grundlage der jüngst erfolgten Antwort der Mächte auf die Forderungen der Balkanstaaten geäußert. Es fehlt aber noch die offizielle Erklärung der Balkanstaaten in dieser Richtung. Dasselbe wird in den nächsten Tagen erwartet. In Wiener unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß England und

was er sich, wenn man einen Angriff vor sich hat, gegen seinen höchsten Gerichtshof erlaubt hat. Wenn wir denn in einer solchen Angelegenheit unsere öffentlichen Zustände, das man solche Angriffe wagen darf? Das erstere ist ja die Zeiten vor 180 Jahren.

Der Widerhall im Lande
wird nicht ausbleiben, darauf können Sie sich verlassen. Das unsere höchsten Gerichte auch die Frage der politischen Verfassung unserer Nation jetzt anerkannt haben, ist eine notwendige Entwicklung gewesen, welche von allen Ordnungsparteien freudig begrüßt werden muß. (Hört! hört! bei den Sen.) Der Widerhall dann auf die Ausbildung der Volksschulen ein und führte aus, daß, wenn durch die abendlichen Kurse eine höhere wissenschaftliche Ausbildung der Lehrer erreicht werde, man dann die Lehrer auch an der Schulverwaltung teilnehmen lassen könne.

Abg. Dr. v. Campe (Natf.):
Auch meine Freunde haben behauptet, daß der Abg. Reichardt gegen den höchsten Gerichtshof solche Angriffe gerichtet hat. Seine Ausführungen sind eine objektive Unterstellung, die jeder Richter und Parlamentarier

aus allenfalls diebezüglichen zurückweisen muß. Auf Grund meiner dreißigjährigen Erfahrung muß ich sagen, daß niemals ein Staatsbeamter an mich herangetreten ist, um mich in unseren Entschcheidungen irgendwas zu beeinflussen. Mit den Ausführungen des Abg. v. Campe in Bezug auf die Lehrerzubereitung kann ich mich durchaus einverstanden erklären. Wir haben nur einen weitergehenden Wunsch, daß der auf diese Weise ausgebildete Lehrer als gleichberechtigter Mitarbeiter anerkannt wird.

Abg. Dr. Maurer (Natf.):
Ich bitte den Minister um Auskunft, ob die Verhandlungen, die uns in Aussicht gestellt worden, soweit gehalten sind, daß man hoffen kann, daß die deutschen Kandidaten in Frankreich ein ähnliches Maß von Gastfreundschaft genießen, wie die französischen Kandidaten bei uns.

Abg. v. Bismarck (Natf.):
Die Fortschritte des Gymnasiums in Danzig erklären die freie Konkurrenz der Volksschule dadurch, daß wegen der räumlichen Beschränkung des Gymnasiums die Aufnahme von Volksschülern nur in ganz beschränktem Maße stattfindet. Es ist nicht möglich, daß man die Eltern dadurch zwingen will, ihre Kinder auf die Volksschule zu schicken.

Abg. Dr. v. Geh (Natf.):
Ich habe keinen Sturzplan der Staatschule unternommen. Wir sind keine konfessionelle Fraktion, wir finden uns mit der Oberaufsicht des Staates und mit den Grundgedanken des Allgemeinen Landrechts und der Verfassung loyal ab, wenn wir auch manches in unserem Sinne behandelt sehen möchten. Ich habe nicht den Unglauben in der evangelischen Kirche angegriffen; der Unglaube ist nicht konfessionell, und daraus leitet ich meine Verordnungen her, über diese Dinge hier zu sprechen.

Dieses wurde die Debatte geschlossen.
Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde der Kallusakt bewilligt.

Es folgte der Etat der Eisenbahnverwaltung.
Abg. Dr. Gottschall (Natf.):
Es besteht noch immer eine Dissonanz zwischen der Besoldung der preussischen Eisenbahnbeamten und der Besoldung der Beamten des Reiches. Ich bitte die Regierung, die Wünsche der Beamten zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Kunze (Vorh. Pr. Spt.):
Ich bitte die Regierung, daß man die Vahnenarbeiten in Bezug auf das Koalitionrecht die größtmögliche Freiheit gewährt. Der Beamte braucht dann noch eine ganze Reihe Wünsche verschiedener Beamtenkategorien zur Sprache.

Abg. v. Schenckendorff (Natf.):
Ich bitte den Minister, den Wünschen der Eisenbahntelegraphisten möglichst entgegenzukommen.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach:
Die früheren Eisenbahntelegraphisten sind bereits soweit sie dazu geeignet waren, in andere Stellen übernommen worden und haben auch Gehaltszulagen erhalten. Die von dem Abg. Kunze vorgeschrittenen Wünsche sind mit den Arbeitsverhältnissen sehr eingehend erörtert worden, ich kann darauf verzichten, auf die Einzelheiten zu erwidern.
Die Besprechung wurde geschlossen.

Der Eisenbahnetat wurde bewilligt.

Beim Etat der „Bauverwaltung“ bemerkte
Abg. v. Bismarck (Natf.):

Die Hofanwaltschaft bei Kaiserhof wird durchaus unzulänglich.
Ministerial- und Oberbaudirektor v. Dümmling.
Es würde bei durchgehenden Verbesserungen ein Rohenaufwand von mehr als einer Million entstehen. Die Anstrengungen für die Herstellung von Dämmen im inneren Hafen werden geprüft werden.

Abg. Pippmann (Natf.):
Der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin sollte schon im Frühjahr 1912 eröffnet werden. Ich bitte um eine Erklärung, wann die Eröffnung stattfinden kann.

Ministerial- und Oberbaudirektor v. Dümmling:
Um die Betriebssicherheit und Zuverlässigkeit der Anlagen durch einen Probebetrieb zu prüfen, sind vom 1. April ab Schiffe zur Kanalfahrt zugelassen worden und hervorzuheben Mängel sollten im Laufe der nächsten beiden Monate beseitigt werden, um in den ersten Tagen des Juni die eigentliche Eröffnung des Kanals vorzunehmen. Der wiedererregte Betonboden braucht aber längere Zeit zur Erhärtung, ob daher der Zeitpunkt von ein bis zwei Monaten bis zur Eröffnung des Kanals in Frage kommen werden kann, kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. Vogt (Natf.):
wünschte die Abklärung der bidarischen Beschäftigungszeit der Strommeister und hat den Minister, die Strommeister zu der Prüfung als Wasserbauarbeiter zuzulassen.

Ministerialdirektor Peters:
Bei allem Wohlwollen, das die Bauverwaltung den Strommeistern entgegenbringt, kann sie den Wünschen betreffs der Zulassung zur Wasserbauarbeitenprüfung nicht entsprechen.

Abg. Robert (Natf.):
Im Submissionsverfahren sollte darauf geachtet werden, daß Angebote unter dem Selbstkostenpreis keine Berücksichtigung finden. Die Submissionsverfahren gegen die Benutzung von Kellerräumen für gewerbliche Zwecke gegen zu hohe Drangsalterung der Handwerker durch solche Submissionsverfahren ist nicht mehr zu ertragen.

Schlemer Oberregierungsrat Dr. Mühschlag:
Der Vorredner geht von falschen Voraussetzungen aus. Die Submissionsverfahren nach den größten Wert auf gesundheitslich einwandfreie Arbeitsräume lazen.

Abg. Dr. v. Waldow (Natf.):
Durch die hohen Stürme ist der fischerinteressierten Bevölkerung in Rügen ein ungeheurer Schaden zugefügt worden und sie befindet sich in äußerster Not. Aus diesem Grunde bitte ich den Minister, daß er den Fonds für Ruffensausdienten sofort erhöht.

Unterstaatssekretär, Gehr. Coelz von der Bräugeln
sagte Prüfung des Wunsches zu.

Die Debatte wurde geschlossen und der Etat genehmigt.
Beim Etat des Ministeriums des Innern bemerkte sich
Abg. Goseeler (Natf.):

Aber die Vereinigung der Riers.
Minister des Innern v. Dalkow

erklärte, daß ein Projekt zur Vereinigung der Riers ausgearbeitet werden würde.

Dieses wurde die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt; außerdem Entschliessung der Berliner Stadt- und Ringbahn, kleinere Vorlagen.

Schluß 5 Uhr.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Gesetzentwurf über die Veränderung der Landesgrenzen des Herzogtums Anhalt,

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf vorgegangen, bei dem es sich um einen Gebietsaustausch zwischen Preußen und Anhalt bei den Ortsteilen Alverode, Steinbrücken, Wöhl und Schöruhe handelt. Die Gebietsänderungen der Dörfer Alverode und Schöruhe sind zu ändern, teilw. zu Preußen, teilw. zu Anhalt. Um diese Abänderungen zu bewerkstelligen, tritt Anhalt die anhaltischen Teile der Dörfer an Preußen ab und erhält dafür zwei preussische Entfallen aus der Gemarkung Wöhl und Schöruhe. Preußen tritt an Anhalt 317 Hektar ab, Anhalt an Preußen 390 Hektar. Durch die Grenzveränderung erhält mit Anhalt Preußen einen Gebietszuwachs von 22 Hektar. Beide Staaten übernehmen infolge des Gebietsaustausches finanzielle Verpflichtungen, die in einem Staatsvertrag niedergelegt sind. Durch die Neuordnung der Grenze wird eine merkliche Verbesserung der Grenzverhältnisse erzielt, namentlich in steuerrechtlicher Hinsicht.

— Trebnitz, 17. April. (Ein bebauerlicher Unfall)
traug sich an einer hiesigen elektrischen Drehbohle zu. Der Jährlinge Schulknabe Hermann S. wurde vorgestern am 12. April bei der Arbeit an dem Motorverriegelung zugetrieben. In dem Augenblick, als sein größerer Spielkamerad ihn warnte, kam die Rolle und brückte den Knaben tot.

— Rothenburg, 17. April. (Autoverbrandt.) Ein der Firma Hüper & Eisenhandlung in Leipzig gehöriges Automobil geriet gestern auf der Brandischen Straße in Brand und wurde völlig vernichtet.

— Wittenberg, 17. April. (Zur Landtagswahl.) Die vereinigten Konventionen des Wahlkreises Schweinitz-Wittenberg halten an den Kandidaturen der Herren v. Wobehausen-Reubia und v. Leipzig-Kropfstedt fest.

(Papier-Modellbau v. Schenkowitz, 17. April.) Der Lehrerverein Schenkowitz und Umgebung verband mit seiner April-Konventsversammlung im Landhause eine Erntedankfeier zum Gedenken an die deutsche Kaiserin und Königin v. Sachsen. Die 1813 festsitzende Kerkelde geknüpft und geknüpft, große Opfer für das beste Landgericht oder in Liebe sich dem Lagerdienst gewidmet haben. Es wurde den Anwesenden, unter denen sich zahlreiche Damen befanden, die Lebensbilder der Kaiserin v. Romin, Maria Theresia, Eleonore Prochaska, des Unteroffiziers und Richters des Göttergesangs Auguste Krüger, der Johanna Schenkowitz, des Göttergesangs, des Mannes von Schenkowitz, und besonders auch der Prinzessin Marianne von Preußen gebahrt.

— Großschönau, 18. April. (Zur Denkmalsweih.) Im Auftrage des Kaisers wird Prinz Friedrich Leopold von Preußen bei der Entfaltung des von Bildhauer Paul Rudolf-Slopau geschaffenen Schanzenbühnenmals am 22. Juni feierlich eingeweiht. Der Herr wird ferner Prinz Stephan von Schaumburg-Lippe teilnehmen.

— Sangerhausen, 17. April. (Eingekleiert.) Im Landgerichtsgefängnis nach Nordhausen wurde gestern der bei den Eisenbahnunfällen beteiligte und verhaftete Arbeiter Karl Schöge eingekleiert. Die anderen beiden befinden sich noch hier in Haft.

— Heiligenstadt, 17. April. (Wedeutame kommunale Veränderungen.) In der Dienstagabend abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurden mehrere für die Entwicklung unserer Stadt wichtige Beschlüsse gefaßt. 1. a. wurde ein Vertrag mit den Anwohnern der hiesigen Wobehausen- und Reubiastraße genehmigt, wonach ein dieser Firma angehöriger Privatweg, der den kürzesten Zugang vom Bahnhof zur Stadt bildet, in den Besitz der Stadt übergeht. Dieser Weg soll nun als Straße ausgebaut und mit einer Wirtallenalle bepflanzt werden, so daß das Entree zur Stadt ein recht freundliches wird. Ferner wurde der Ausbau einer in den neuen Wohnplatz einmündenden neuen Straße beschlossen. Damit wird eine neue Zufahrtsstraße zum Bahnhof geschaffen. Das ganze Bahnhofsviertel wird binnen kurzem ein völlig verändertes Gesicht bekommen. Der Bahnbau Heiligenstadt-Schenkowitz hat eine willige Umgestaltung der Bahnhofsanlagen und der zum Bahnhof führenden Straßen und Wege. In der Nähe des Bahnhofs sind bereits mehrere hiesige Gebäude entstanden. Eine austräckerische Firma hat jetzt ein Baugrundstück in der Nähe des Bahnhofs für 35 000 M. gekauft, um darauf eine große Fabrik (Konfektion) für mehrere hundert Arbeiter zu errichten. Auch bei dem neuen Bahnhof Heiligenstadt-Heiligenstadt ist ein neuer Stadteil. Auch die neue Provinzial-Erziehungsanstalt für kathol. Kinder kommt in die Nähe des neuen Bahnhofs Heiligenstadt. In der Sitzung kam auch die Frage der Verlegung einer Garnison oder einer Interoffizierschule nach Heiligenstadt zur Sprache. Wie der Vizepräsident der Stadtverordnetenversammlung erklärte, ist es eine offizielle Eingabe der Stadtbehörde an das Kriegsministerium wegen Hierherverlegung einer Interoffizierschule gerichtet worden.

— Mühlhausen i. Th., 17. April. (Der Chinesen.) und auch eine Kommission von Staatsbeamten, die von der gegenwärtigen Regierung Chinas nach Deutschland gelangt war, hat heute in Begleitung eines abgeleiteten des hiesigen Eisenwerk-Fabrikanten (Herrn Schuchardt) Besichtigung und Unterredungen zur Lieferung von Maschinen angeknüpft. Die chinesische Kommission begibt sich von hier nach Belgien und England und von dort über Amerika nach der Heimat zurück.

— Altenburg, 17. April. (Eine jähre Stürmung) erfüllt eine in Preussischen Ort abgeleiteten des hiesigen Eisenwerk-Fabrikanten (Herrn Schuchardt) Besichtigung und Unterredungen zur Lieferung von Maschinen angeknüpft. Die chinesische Kommission begibt sich von hier nach Belgien und England und von dort über Amerika nach der Heimat zurück.

— Altenburg, 17. April. (Eine jähre Stürmung) erfüllt eine in Preussischen Ort abgeleiteten des hiesigen Eisenwerk-Fabrikanten (Herrn Schuchardt) Besichtigung und Unterredungen zur Lieferung von Maschinen angeknüpft. Die chinesische Kommission begibt sich von hier nach Belgien und England und von dort über Amerika nach der Heimat zurück.

— Leipzig, 17. April. (Eldstürmung) In vergangener Nacht stürmten Eindringler dem Kontor eines Fabrik-

gebäudes an der Carolinenstraße einen Besuch ab und stahlen nach getratem Aufbrechen des Gehäuses bares Geld und Tafelgerät.

Kunst und Wissenschaft.

Eine Richard-Wagner-Feier wird demnächst in Magdeburg stattfinden. Der Richard-Wagner-Verband deutscher Franzosen, der unter dem Patronat der deutschen Kronprinzeßin steht, hat seine am 28. April stattfindende 15. Generalversammlung in Leipzig abgehalten. Der Stadt Magdeburg, in der Richard Wagner in jungen Jahren einst als Kapellmeister am Stadttheater tätig war, eine Wagner-Gedenkfeier darzubieten, die den höchsten Ansprüchen genügen dürfte. Aus dem vorangelegten Festprogramm sei nur hervorgehoben, daß am Sonntag ein Konzert in Magdeburger Dom stattfinden wird, welches durch das Erscheinen des Kapellmeisters (40 Stimmen, 12 Percussion) eine Leistung seines Dirigenten, des Herrn Professors Hugo Mühl aus Berlin, ausgeführt wird, während Frau Johanna Müller-Göhring aus Berlin als Solistin mitwirkt. Am 28. April findet vormittags 11 Uhr die Hauptversammlung des Verbandes statt, nachmittags 4 Uhr wird die Frau von Wagner gefeiert. Die hiesige Wagner-Gesellschaft im Stadttheater erhält, und hierin schließt sich eine Festschau an. Die Festschau wird von Herrn v. Arnberg in vollständiger Regisseur-Führung und unter Aufsicht von G. Schmalz, die vor allem durch die Mitwirkung und in Zusammenarbeit der Straße des Berliner Operndirektors eine bedeutende Wirkung versprechen. Es besteht begründete Aussicht, daß auch die hiesige Wagner-Gesellschaft durch den Verband einer dieser Festveranstaltungen beizuhelfen wird.

v. Leopold Neichman vom Hoftheater in Karlsruhe ist ab 1. August auf sechs Jahre als Kapellmeister an die Wiener Hofoper verpflichtet worden.
Eugene Wiesner, der bekannte Verfasser der auch in Deutschland beliebigen „Rosen-Rose“, hat seinen eine Komödie vollendet, die nun unter dem Titel „Die neuen Frauen“ durch den „Reisepreis-Verlag“ Berlin-Charlottenburg zum Verkauf an die Bühnen gelangt. Das Stück bringt zum ersten Male die französische Frauenfrage auf die Bühne.

Ausgrabung von vorgeschichtlichen Funden im Werratal. Am Freitag den 16. April in der Nähe des Dorfes Aue bei Schmiede genodeten Funde, hat demnach der hiesigen Wagner-Gesellschaft an anderer Stelle des Werratalen gefunden. Es ist ihm gelungen, in der Nähe der Aue zwischen Schmiede und dem Dorfe Schmiede eine Reihe von vorgeschichtlichen Funden zu finden. Ferner hat er in den Gemarkungen Schmiede, Niederhorne und Oberhorne wertvolle Funde gemacht. Es sind dies Urnen, Scherben, Steinwerkzeuge, Geräte und Schmiedewerkzeuge aus den Jahren 2000 bis 2000-400 und 800-1000 n. Chr. Die Fundstücke stellen eine wertvolle Sammlung dar und sind von Sachverständigen als einwandfrei und wertvoll bezeichnet worden.

— Ein Dürerfund. Auch von unserem großen altdeutschen Meister können fündige Kunstgelehrte immer noch bisher unbekannte Arbeiten entdecken. In der Sammlung von Raffaele-Photographen, die der Prinzgemahl Albert von England dem Kaiser von Preußen geschenkt hat, sind auch ein Dürerbildnis im Jahre IV. keine in der Orangerie bei Sanssouci befindliche Sammlung von Kopien der Gemälde des großen Urknaben — für sich anlegte, und die sich noch jetzt in Schloss Windsor befindet, ist Dr. Oskar Ritzel, der Berliner Kunstgelehrte, einem vorzüglichen Dürer auf die Spur gekommen. Es ist die Federzeichnung des „Nihilia“, die der Nürnberger Meister nach dem Bild eines italienischen Hofes gezeichnet hat. Ritzel hat die berühmten Federzeichnungen, gezeichnet hat. Ritzel veröffentlicht das Bild jetzt in „ Burlington Magazine“. Die anderen Federzeichnungen der Dürer liegen im Britischen Museum und in der Pariser Nationalbibliothek. Sie sind Mitte der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts entworfen, also eines der ersten Denkmäler zum jenseitigen Dürerstudium, als die hiesigen Künstler Studien begannen. Die hiesige Frau in ihrer edlen Gewandung, die Dürer übrigens von seinem Vorbilde abweichend vollkommen umgearbeitet hat, läßt sich ersten Augenblick auf den Dürer, sie führt Schwert und Mägel. Neben ihr stolziert ein kleiner Storch, eine Angel in der Mägel, was ein altes Symbol der Dürer ist. Die Zeichnung, die hiesigen Künstler erst erfährt einem Raffaeleschüler, dem Berni, als Stille für die Justitia in der Camera di Constantino im Vatikan ausgeführt wurde, gehörte einst Savignin, dem Berliner Juristen. Heute ist sie verschollen.

Meißner und Selbentener. In aller Stille ist am Bamberg-Abdacher von Bette zu Bette ein Künstler entstanden, der seinen ihm Glück und Kraft treuen Kisten, von sich reden machen wird: es ist der junge Selbentener Fritz Kiesel, Kiesel, der in Nürnberg lebt und von dort aus zu den Großen und Vortrefflichen nach Bamberg fährt, ist heute noch in dem Wegereisegeschäft seines Vaters tätig. Es war in der jetzt zu Ende gegangenen Spielzeit für ihn nichts Ungewöhnliches, Wagner's „Tiefenland“, den Hof in „Garnen“, den Feden in „Tiefenland“ und unter hiesigen Bewilligung zu singen, dann nach Nürnberg zu fahren und um 5 Uhr früh bereits — auf dem Viehsohof — zu sein. Aber wie lange wird dies Kiesel tun können, ohne Schaden zu nehmen?

Aus dem Leserkreise.

(Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß in dieser Rubrik alle unsere Abonnenten zu Worte kommen, gleichgültig, ob ihre Ansichten mit denen der Redaktion übereinstimmen oder nicht. Die Redaktion übernimmt also für diese Rubrik keinerlei Verantwortung dem Publikum gegenüber.)
Eine Anrede für die hiesige Lehrerzeitung.
Ein Freund unserer Zeitung schreibt:

In den preussischen Provinzen, die in aufsteigender Linie ihr Selbstentum in der Pflege bewunderer Gedanken erweisen haben, gehört auch die Lehrerzeitung eine große Rolle zu spielen, es gehört auch der Bauern und Bauern in Rommern. Die Not und Schmach des Vaterlandes 1806 und 1807 trifft sie so sehr, daß sie ihre beiden Söhne demop, in das Holzger Fretzhaus als Freiwillige einzureisen, der jüngere Sohn fiel in der Schlacht bei Eylau; der älteste starb bei Leipzig den Selbstent. Am 18. März August 1818 der Waffentilfstand abgelaufen war, entfiel sich Frau Schulte, vom Heere zu gehen und Lagerdienst zu übernehmen. Während der Leipziger Schlacht war sie unermüdlich tätig in der Pflege der Verwundeten. Sie ging nach der Schlacht in einem Transportwagen nach Götzen und über die Liebesstätigkeit in dem in der Vorburg errichteten Lazarett aus. Sie wurde bald vom Lagerdienst ergriffen und starb in Halle. Auf dem Götzenhügel Kirchhof liegt sie begraben. Ihre es nicht eine glückliche und edle Pflicht der Pflicht in der Erziehung bringen zu lassen, so weit wie möglich, hat der wackeren hiesigen Frau einen einfachen Denkstein zu setzen? Die andere Selbent von Halle, Frau Waffentilfstandsbeförderer Schmann, wird gewiß auch nicht bezweifeln werden.

